

INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT

SCHWERPUNKT

Frank Decker

Von Schill zu Möllemann. Keine Chance für Rechtspopulisten in der Bundesrepublik?

Frank Priess

Inszenierte Politik und Glaubwürdigkeit – ein Widerspruch?

Michael Roick

„War da was?“

Zum vermeintlichen „rechtspopulistischen Kurswechsel“ der FDP

Frank Ahrens

Die europäische Zivilgesellschaft als Perspektive
Strategien gegen Rechtspopulismus

Klaus-Peter Hufer

Politische Bildung gegen Populismus

Gabriele Schlamann

Stammtischparolen im Argumentationstraining: Bühne frei für Populismus?

Kristina Rahe

„Rechtsextremismus in Europa und Strategien demokratischer Gegenwehr“
Internationale Jugendbegegnung in Weimar

INFORMATIONEN

Meldungen

Aus dem AdB

Personalien

Bücher

Markt

IMPRESSUM

Von Schill zu Möllemann. Keine Chance für Rechtspopulisten in der Bundesrepublik?*

Frank Decker

Frank Decker stellt die Voraussetzungen für das Aufkommen und den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in verschiedenen europäischen Ländern dar und vergleicht damit die Bedingungen, unter denen sich rechtspopulistische Vereinigungen in Deutschland entwickelten und – jedenfalls bislang – scheiterten. Politische Faktoren in Deutschland erschweren die Mobilisierung für rechtspopulistische Organisationsformen. Noch mehr steht die politische Kultur in Deutschland der Formierung rechtspopulistischer Parteien entgegen. Deren Mobilisierungsschwäche erklärt sich aber auch aus organisatorischen und anderen internen Problemen und nicht zuletzt aus dem fehlenden Charisma der in Deutschland agierenden Führungspersonlichkeiten, wie am Beispiel der Schill-

Wenn in der Bundesrepublik in der Vergangenheit vom „Rechtspopulismus“ die Rede war, dann richtete sich der Blick fast immer nach „draußen“. Teils sorgenvoll, teils mitleidig durfte der Beobachter hierzulande registrieren, wie sich ein neuartiger Typus von Parteien in den westlichen Demokratien breit machte. Die Rechtsparteien in der Bundesrepublik fristeten demgegenüber ein Schattendasein. Zwar konnten die neugegründeten Republikaner unter der Ägide *Franz Schönhubers* von 1989 bis

Rechtsparteien fristeten Schattendasein in Bundesrepublik

1992 bei Landtags- und Europawahlen einzelne spektakuläre Wahlerfolge erzielen. Von einer dauerhaften Etablierung blieb die Partei aber ebenso weit entfernt wie ihre rechtsextremen

Mitkonkurrenten DVU und NPD oder andere Neuerscheinungen, die sich an einer gemäßigten Version des Rechtspopulismus versuchten (Statt-Partei, Bund Freier Bürger). Die Bundesrepublik schien gegen das Phänomen offenbar immun.

Mit dem Sensationserfolg der „Schill-Partei“ bei der Hamburger Bürgerschaftswahl am 23. September 2001 drohte diese Gewissheit auf einmal zu schwinden. Noch nie zuvor war es einer Partei geglückt, bei einer Landtagswahl aus dem Stand ein so hohes Ergebnis zu erzielen (19,4 Prozent). Beobachter und Experten stellten sich daraufhin gebannt die Frage, ob es der Partei wohl gelingen würde, ihren Erfolg über die Grenzen der Hansestadt hinaus zu tragen – eine Absicht, die Parteigründer und Namensgeber *Ronald B. Schill* nicht verhehlte. Die weitere Entwicklung sollte dies



schon bald mit einem Nein beantworten. Die Wahl in Hamburg hatte gezeigt, dass unter den besonderen Bedingungen eines Stadtstaates rechtspopulistische Parteien durchaus über gewisse Erfolgschancen verfügen. Diese Bedingungen lassen sich aber auf andere Bundesländer oder die nationale Ebene nicht unbedingt übertragen. Den bundespolitischen Durchbruch hat in der Bundesrepublik bisher noch keine Rechtsaußenpartei geschafft. Den einzigen beachtenswerten Erfolg auf der Bundesebene erreichten die Republikaner 1989 bei den – vergleichsweise

* Eine kürzere Version dieses Beitrags ist unter dem Titel „Insel der Seligen? Warum deutsche Rechtspopulisten oft scheitern“ im April-Heft der Zeitschrift „Internationale Politik“ erschienen.

unbedeutenden – Europawahlen (mit 7,1 Prozent).

Ronald B. Schill, Gründer der Schill-Partei in Hamburg

Ein Blick auf die europäische Landkarte zeigt, dass es sich bei den rechtspopulistischen Vertretern in der Regel um Neugründungen oder Abspaltungen von bestehenden Parteien handelt. Bei solchen Gruppierungen ist das Risiko groß, dass sie allein aus organisatorischen Gründen scheitern. Mit der FPÖ und der Schweizerischen Volkspartei (SVP) gibt es allerdings zwei markante Ausnahmen. Beide Vertreter waren in ihren politischen Systemen alteingesessen und wurden erst in den achtziger Jahren unter der Ägide *Jörg Haider* bzw. *Christoph Blocher* zu rechtspopulistischen Parteien transformiert. Bezogen auf die deutsche Situation ist hier insbesondere der österreichische Fall von Interesse. Auch in der Bundesrepublik existiert ja mit der FDP eine Partei, die traditionell zwischen rechts- und linksliberalen Programminhalten changiert. Im Unterschied zu Österreich, wo die nationalen Wurzeln des Liberalismus stets lebendig blieben und von *Haider* als Parteiobmann lediglich aktiviert werden mussten, wurden diese Wurzeln in der deutschen FDP jedoch frühzeitig gekappt, sodass die Partei mit ihrem Pendant wenig mehr als den Namen gemeinsam hatte. Rechte Abspaltungen wie der vom früheren bayerischen FDP-Vorsitzenden *Manfred Brunner* gegründete Bund Freier Bürger blieben aus diesem Grund chancenlos und brauchten von der FDP nicht ernsthaft gefürchtet zu werden. Umso überraschender war, dass im Bundestagswahljahr 2002 ein neuer Versuch einer Transformation der Partei unternommen wurde, der den Rechtspopulismusverdacht nährte – diesmal aus ihrer Mitte heraus. Dabei ging es zum einen um die von Parteichef *Guido Westerwelle* auf Betreiben seines Stellvertreters *Jürgen W. Möllemann* durchgesetzte strategische Neuausrichtung der Liberalen, die eine massive Ausweitung der Wählerbasis zum Ziel hatte, zum anderen um vermeintlich antisemitische Äußerungen *Möllemanns* zur Nahostpolitik. Ob zwischen beiden Vorgängen eine systematische oder eher zufällige Verbindung bestand, ist umstritten. Wenn es sich tatsächlich um einen Versuch gehandelt hat, die FDP zu einer rechtspopulistischen Partei zu machen, so ist er jedenfalls gründlich gescheitert. Nach dem enttäuschenden Bundestagswahlergebnis wurde das „Projekt 18“ rasch fallengelassen. Und *Möllemann* selbst hatte sich durch seine Äußerungen und eine peinliche Flugblattaktion in der letzten Wahlkampfwoche so sehr isoliert, dass er aus der FDP verstoßen wurde und alle seine Ämter verlor.

Gründe für das Scheitern des neuen Rechtspopulismus in der Bundesrepublik

Das Scheitern des Rechtspopulismus in Deutschland wirkt erstaunlich, wenn man ihm die Erfolgsbilanz der neuen Rechtsparteien in anderen europäischen Ländern gegenüber stellt. In Italien hat es die Forza Italia des Medienunternehmers *Silvio Berlusconi* bei den Parlamentswahlen vor zwei Jahren erneut geschafft, im Verein mit *Umberto Bossis* Lega Nord und *Gianfranco Finis* Alleanza Nazionale die Mehrheit zu erringen. Dasselbe Kunststück ist der FPÖ in Österreich gelungen, die bei den Nationalratswahlen 1999 mit 26,9 Prozent zur zweitstärksten Partei avancierte und seither zusammen mit der Volkspartei die Regierung stellt.¹ Einen ähnlichen Triumph

¹ Bei der vorgezogenen Nationalratswahl im November 2002 fiel die FPÖ auf 10,0 Prozent der Stimmen zurück, konnte die Zusammenarbeit mit der Volkspartei aber dennoch fortsetzen. Dem Wählereinbruch vorausgegangen war ein zweijähriger Grabenkrieg zwischen dem Regierungsfügel der Partei um *Susanne Riess-Passer* und dem in Kärnten verbliebenen „heimlichen“ Vorsitzenden *Jörg Haider*, dessen fortgesetzte Störmanöver dazu führten,

bei den jüngsten Parlamentswahlen erreichten die Rechtspopulisten in Norwegen und Dänemark mit 15 bzw. 12 Prozent. Und selbst eine eindeutig rechtsextrem ausgerichtete Partei wie der Front National konnte in Frankreich eineinhalb Jahrzehnte lang stabile Wähleranteile in einer vergleichbaren Größenordnung verbuchen.

Umberto Bossi (li.) und Silvio Berlusconi

Nach einigen Jahren Verzögerung hat die Politikwissenschaft in den neunziger Jahren begonnen, sich mit den rechtspopulistischen Erscheinungen intensiv zu beschäftigen. Inzwischen liegen zahlreiche international vergleichende Darstellungen vor, die das Aufkommen der neuen Parteien analysieren und dabei auch die voneinander abweichenden Ergebnisse in den verschiedenen Ländern zu erklären versuchen. Die in der Literatur angebotenen Erklärungen für den Rechtspopulismus lassen sich – in zugegebener Vereinfachung – zu vier Ursachenkomplexen zusammenfassen:



Gesellschaftlicher Wandel

Damit sind langfristige Veränderungen der Sozialstruktur und der Wertvorstellungen gemeint. Die verschiedenen parteibildenden Konflikte können auf zwei Grundtypen reduziert werden, nämlich verteilungs- und wertbezogene Konflikte. Dies gilt auch für Regionen- oder Nationalitätenkonflikte, die freilich nicht in allen Ländern gegeben sind.

Institutionelle Rahmenbedingungen des politischen Systems

Hierzu zählen die politischen Traditionen eines Landes (politische Kultur), das Wahlsystem und das Ausmaß an Parteienstaatlichkeit. Die institutionellen Faktoren sind ebenfalls längerfristiger Natur. Sie bestimmen zum einen die Zugangschancen neuer Wettbewerber zum Parteiensystem, zum anderen können sie selber ein Adressat des Protestes sein (politischer Populismus).

Politische Gelegenheitsstrukturen

Hier handelt es sich um kurzfristig wirksame situative Faktoren wie die Regierungskonstellation, die inhaltliche Positionierung der etablierten Parteien oder das Verhalten der Medien. Als Klammer der Gelegenheiten fungieren die von den Rechtspopulisten aufgegriffenen Themen.

Die Fähigkeit der rechtspopulistischen Akteure, die sich ihnen bietenden Gelegenheiten zu nutzen

dass die Koalition Mitte 2002 ein vorzeitiges Ende fand. Die FPÖ hatte damit ihren zuvor gewonnenen öffentlichen Kredit weitgehend verspielt.

Auch diese Eigenschaft wirkt eher kurzfristig. Sie hängt von den charismatischen Eigenschaften des Parteiführers, der Programmbasis und dem organisatorischen Zusammenhalt der Partei ab.

Wie lässt sich die relative Erfolglosigkeit des Rechtspopulismus in Deutschland im Lichte dieser Faktoren erklären? Eine vergleichsweise geringe Rolle spielen die zuerst genannten gesellschaftlichen Voraussetzungen. Die Politikwissenschaft betrachtet den Zulauf der neuen Rechtsparteien als ein Protestphänomen, das auf die desintegrativen Wirkungen der heutigen Modernisierungsprozesse zurückzuführen sei. Anders als der Begriff des „Modernisierungsverlierers“ suggeriert, liegen dem Protest dabei nicht primär materielle Entbehrungen zugrunde. Schenkt man den Wahlanalysen Glauben, befinden sich die rechten Wähler wirtschaftlich keineswegs am untersten Rand der Gesellschaft. Stattdessen rührt ihre

**Zum
Hauptkristallisationspunkt
der Angst werden die
Fremden**

Misere aus empfundenen Verlustängsten, dem Gefühl, zu den benachteiligten und abstiegsbedrohten Gruppen zu gehören. Im Kern geht es also um ein tiefer liegendes, sozialkulturelles Problem, das mit den Folgen der

gesellschaftlichen Individualisierung zu tun hat. Zum Hauptkristallisationspunkt der Angst werden dabei die Fremden.

Ist diese Diagnose richtig, so trifft sie auf die Bundesrepublik sicher nicht weniger zu als auf andere westliche Länder, die unter den Folgen der Modernisierungsprozesse leiden. Mit Verweis auf die „Nachfrageseite“ kann man die Schwäche des Rechtspopulismus also kaum erklären. In der ostdeutschen Teilgesellschaft, wo durch die Umstände und das Tempo des Systemwechsels ganze Bevölkerungsschichten in Anomie gefallen sind, dürfte das Potenzial für eine Partei oder Bewegung von rechts sogar überdurchschnittlich groß sein. Die Virulenz der gesellschaftlichen Faktoren wird auch durch das Ausmaß der rechtsextremen Gewalt belegt, das in Deutschland höher ist als in anderen Ländern. Der Vergleich innerhalb Europas deutet auf eine Austauschbarkeit beider Protestformen hin. Dort wo die Rechtsparteien stark sind – wie in Dänemark oder Frankreich – verfügen die fremdenfeindlichen Positionen über eine offizielle Stimme, die sich auf die öffentliche Debatte enttabuisierend auswirkt und die Gewaltbereitschaft zu begrenzen scheint. In Deutschland werden sie dagegen unter der Decke gehalten und gerade so in die dumpferen Kanäle der Gewalt und des Sektierertums abgedrängt.

**Korrektivfunktion von
Landtags- und**

Damit wendet sich der Blick zu den politischen Faktoren. Hier verweist der internationale Vergleich zunächst auf ungünstige institutionelle und

politisch-kulturelle Rahmenbedingungen. So sorgt z.B. der Föderalismus dafür, dass die bundesdeutschen Wähler ihrem Unmut nicht unbedingt bei den gesamtstaatlichen (Bundestags-)Wahlen Luft zu machen brauchen. Stattdessen können sie auf die als unwichtiger empfundenen Landtags- oder Europawahlen ausweichen, deren Korrektivfunktion insofern über die tatsächliche Stärke der Rechtsparteien hinweg täuscht. Auch die Fünf-Prozent-Klausel hat die Zugangschancen der neuen Herausforderer zum Parteiensystem beschnitten. Die institutionellen Barrieren sind allerdings eher ein Symptom als der wahre Grund der Mobilisierungsschwäche: Selbst bei niedrigeren Schwellen würden die Newcomer in der deutschen Öffentlichkeit einen schweren Stand haben. Das eigentliche Problem liegt in der politischen Kultur. Weil der Populismus hierzulande in einem historisch vorbelasteten Umfeld agieren muss, entwickeln die Medien ihm gegenüber

Berührungssängste, die einen unbefangenen Umgang verbieten und die Rechtsparteien der ständigen Gefahr aussetzen, in die Nähe zum Nationalsozialismus gerückt zu werden. Diese Versuchung dürfte auch mit wachsendem zeitlichen Abstand zur Vergangenheit erhalten bleiben.

Ein zweites entscheidendes Erfolgshindernis hängt mit der Stigmatisierung zusammen: die Unfähigkeit der Parteien, sich als politische Kraft zu etablieren. Bezeichnend für die Durchsetzungsschwäche des neuen Populismus ist seine organisatorische Zersplitterung. Während es in anderen Ländern gelungen ist, verschiedene Stränge des populistischen Protests zu einer gemeinsamen Organisation zusammenzuführen, verlaufen diese Stränge in der Bundesrepublik in Gestalt mehrerer Parteien nebeneinander, die sich ihre Stimmen dadurch gegenseitig wegnehmen. Die Uneinigkeit hat sowohl zufällige als auch strukturelle Ursachen. Zu den zufälligen Faktoren gehört das Fehlen einer überzeugenden Führerfigur. Ein Blick auf die Nachbarstaaten zeigt, dass sich Entstehung und Durchbruch des neuen Rechtspopulismus ausnahmslos mit der Leistung einzelner Führungspersönlichkeiten – *Bossi, Berlusconi, Le Pen, Haider* – verbinden, deren charismatische Eigenschaften ihren deutschen Gegenstücken offenbar abgehen.

Dies verweist auf den anderen, strukturellen Faktor: das Funktionieren der Organisation. Weil sich die charismatischen Erfolgsbedingungen im Laufe der Zeit verbrauchen, droht die Attraktivität der populistischen Parteien irgendwann nachzulassen und ihr interner Zusammenhalt zu schwinden. Selbst erfolgreiche Parteien können an Rivalitäten und Richtungskämpfen zerbrechen, wenn die

Der Schatten

Hitlers wirkt weiter

Voraussetzungen eines geregelten Konfliktaustrags nicht mehr gegeben sind. Bei den bundesdeutschen Rechtsparteien kommt erschwerend hinzu, dass sie eine unwiderstehliche Sogwirkung auf Gruppierungen und

subkulturelle Milieus im rechtsextremen Lager ausüben. Selbst gemäßigte Vertreter des Rechtspopulismus sind nicht davor gefeit, durch rechtsextreme Personen und Gruppen unterwandert zu werden, die auf diese Weise aus der politischen Isolierung hinaustreten wollen. Auch hier tut der „Schatten *Hitlers*“ also weiterhin seine Wirkung.

Bleibt als letztes die Frage nach den politischen Gelegenheiten. Hier ist das Bild auf merkwürdige Weise gespalten. Nimmt man allein die Regierungskonstellation, dann hätten sich die Mobilisierungschancen der Rechtsparteien in der 16-jährigen *Ära Kohl* eigentlich verbessern müssen. Ihr mäßiges Abschneiden scheint also darauf hinzudeuten, dass die von den Herausforderern thematisierten Probleme in der Bundesrepublik entweder keine große Rolle spielten oder von den Altparteien gut abgedeckt wurden. Der internationale Vergleich zeigt, dass der neue Rechtspopulismus seine Unterstützung vorrangig aus drei Themen bezieht: Parteienherrschaft, Wohlfahrtsstaat und Migration. Den größten Zuspruch verzeichnen dabei diejenigen Parteien, die aus allen Themen gleichzeitig Kapital schlagen und sie zu einer dauerhaften Gewinnerformel verbinden. Die deutschen Vertreter des Populismus waren und sind davon weit entfernt. Der Parteienstaat beispielsweise mag unter Intellektuellen regelmäßig Kontroversen auslösen, wird aber in der breiten Bevölkerung zumeist nur anlässlich von Skandalen virulent. Auch das Wohlfahrtsstaatsthema würde in der Bundesrepublik sicher nicht weniger Anknüpfungspunkte für eine Profilierung bieten als in anderen europäischen Ländern, doch wurde das Problem in den neunziger Jahren von den neuen Kräften nur halbherzig aufgegriffen. Ein zusätzliches Erschwernis für die Rechtsparteien

stellten die Folgen des deutschen Vereinigungsprozesses dar. Zum einen fehlte es in der früheren DDR an einer breiten Mittelschicht, die man mit marktradikalen Inhalten hätte ansprechen können. Zum anderen wirkte sich die Unzufriedenheit der Modernisierungsverlierer dort nicht zugunsten der Rechten aus, da mit der linkspopulistischen PDS eine andere, genuin ostdeutsche Protestalternative bereit stand.

Auch die mit der Migration verbundenen Probleme sind in der Bundesrepublik nicht zu einem permanenten Erfolgsgaranten der neuen Rechtsparteien geworden – so wie in Frankreich, Belgien, Norwegen oder Dänemark. Nachdem das Asylproblem 1993 von der Agenda verschwunden war, neigte sich deren Stimmenkurve bald wieder nach unten. Die Populisten mussten erkennen, dass ihnen die Ausländerpolitik unter normalen Bedingungen nur wenig Angriffsfläche bot. Symptomatisch dafür ist die Art und Weise, wie das Thema von den beiden Volksparteien angegangen oder vielmehr: *nicht* angegangen wurde. Obwohl Deutschland im europäischen Vergleich einen der höchsten ausländischen Bevölkerungsanteile aufweist, konnte die offizielle Regierungspolitik lange Zeit auf der Vorstellung – Kritiker würden sagen: Fiktion – beharren, wonach die Bundesrepublik kein Einwanderungsland sei und jeglicher Form des Multikulturalismus eine Absage erteilen. Durch das Festhalten an einem restriktiven Grundverständnis der Integration vergrößerten CDU und CSU während ihrer Regierungszeit zwar das eigentliche Problem. Gerade damit gelang es ihnen aber, das Aufkommen einer ausländerpolitischen Grundsatzdebatte zu verhindern, die den fremdenfeindlichen Kräften womöglich Auftrieb verschafft hätte. Nennenswerten Widerstand von Seiten der Sozialdemokratie brauchten sie dabei nicht zu fürchten.

Die misslungene Bundesausdehnung der Schill-Partei

Das sensationelle Wahlergebnis der Schill-Partei bei der Hamburger Bürgerschaftswahl hat gezeigt, dass die Erfolglosigkeit des Rechtspopulismus in der Bundesrepublik nicht von Dauer bleiben muss. Die neu gegründete Partei konnte triumphieren, weil sie einen Großteil der zuvor als Restriktionen genannten Bedingungen erfüllte: erstens gab es für sie in Hamburg durch das Kriminalitätsthema eine optimale politische Gelegenheitsstruktur, zweitens war ihr Gründer als früherer Amtsrichter im bürgerlichen Lager salonfähig, sodass man ihn also nicht ohne weiteres als Rechtsextremisten in die Ecke stellen konnte, und drittens verfügte *Schill* über genügend Ausstrahlungskraft und populistische Begabung, um die Nähe zum umworbenen Volk herzustellen.

Ihre hochfliegenden Hoffnungen auf eine Bundesausdehnung musste die Partei jedoch bald begraben. Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Mai 2002 scheiterte sie an der Fünf-Prozent-Hürde und verpasste so den für eine erfolgreiche Bundestagswahlkampf dringend benötigten Wiederholungserfolg. Vor diesem Hintergrund erwies sich die Entscheidung, bei der Bundestagswahl im September anzutreten, als fatal. Sie erfolgte gegen den Rat von *Schill*, dessen Warnungen an der Basis allerdings kein Gehör fanden. Das schwache Wahlergebnis gab dem Parteigründer Recht: Die Schill-Partei fiel mit 0,8 Prozent der Zweitstimmen auf das Niveau einer Splitterpartei zurück. *Schill* verlor daraufhin das Interesse an einer weiteren Expansion. Um seine angekratzte Position in Hamburg nicht noch weiter zu beschädigen, zog er sich ganz auf die Landespolitik zurück, wo er nach der

gewonnenen Bürgerschaftswahl das Amt des Innensenators übernommen hatte. Die zwischenzeitlich gegründeten Landesverbände dümpelten in der Folge ebenso perspektivlos vor sich hin wie die Bundespartei. Diese bestimmte im Februar 2003 ausgerechnet *Schills* Hamburger Stellvertreter *Mario Mettbach* zu ihrem Vorsitzenden, der sich als ehemals führendes Mitglied der Statt-Partei mit gescheiterten Neugründungen gut auskannte.

Dabei hätte gerade das Schicksal der Statt-Partei *Schill* eine Warnung sein müssen. Auch sie hatte die Bundesausdehnung im Überschwang ihres Hamburger Wahlerfolgs viel zu eilig in Angriff genommen und sich damit die Probleme aufgeladen, unter denen jetzt auch die Schill-Partei litt: Trittbrettfahrer aus dem rechtsextremen Lager, mangelnde Professionalität in der politischen Arbeit und innerparteiliche Streitigkeiten. Letzteres ging soweit, dass sich *Schill* bemüßigt fühlte, der eigenen Partei in aller Öffentlichkeit ein „Querulantenproblem“ zu attestieren, um sie von falschen Entscheidungen abzuhalten – wie sich zeigte, vergebens. Das öffentliche Bild der neuen Gruppierung verschlechterte sich dadurch rapide.

Dasselbe gilt für die Wahrnehmung der Regierungsrolle. Die Entzauberung des Politikers *Schills* setzte bereits bei den Koalitionsverhandlungen ein, als der frühere Amtsrichter ein ums andere Wahlversprechen zurücknehmen musste. Zusätzlich beschleunigt wurde sie durch die zahlreichen Pannen und Affären, die der frisch gebackene Innensenator zu Beginn seiner Amtszeit anhäuften – von Filzvorwürfen in der Personalpolitik bis hin zu ihm unterstellten Kontakten ins halbseidene Milieu. Sie erschütterten *Schills* Image als Saubermann gerade unter den bürgerlichen Wählern und trugen dazu bei, dass die eben erst gegründete Partei ihren Kredit (auch bei der Presse) in Rekordzeit verspielte.

Selbst wenn sie ihre Regierungsrolle in der Hansestadt besser ausgefüllt und die organisatorischen Probleme bei der Ausweitung halbwegs in den Griff bekommen hätte, wäre ein bundespolitischer Durchbruch der Schill-Partei im Jahre 2002 einer Sensation gleichgekommen. Der Erfolg in Hamburg verdankte sich einer spezifischen örtlichen Situation, die auf andere Länder und den Bund nicht ohne weiteres übertragbar war. Für die monothematische Ausrichtung des Wahlkampfes spielte es gewiss eine Rolle, dass hinter dem Kriminalitätsproblem ein tiefer verwurzeltes Unsicherheits- und Entfremdungsgefühl stand, das die Wähler für die Parolen der Schill-Partei empfänglich machte. *Schills* Populismus war insofern durchaus anschlussfähig. Um über Hamburg hinaus erfolgreich zu sein, hätte ihn die Partei aber auf eine breitere Grundlage stellen müssen. Dem standen zwei wesentliche Hemmnisse entgegen. Zum einen sorgte die Regierungskonstellation im Bund dafür, dass potenzielle Mobilisierungsthemen wie Arbeitslosigkeit und Zuwanderung in den Händen der regulären Opposition gut aufgehoben waren. Für die rechte Konkurrenz standen sie damit nur begrenzt zur Verfügung. Zum anderen mangelte es dem Herausforderer an einem ideologischen Fundus, auf dem ein Themenwahlkampf programmatisch hätte aufbauen können. Anders als etwa *Pim Fortuyn* in den Niederlanden hatte *Schill* nicht das intellektuelle Format, um die Partei als ernstzunehmende Alternative auf Bundesebene zu profilieren. Die politische Phantasie des „Politikers wider Willen“ (*Schill* über *Schill*) reichte über die Grenzen seiner Heimatstadt kaum hinaus. Des Weiteren war es *Schill* nicht gelungen, prominente Überläufer aus anderen Parteien zu rekrutieren, was von den Wählern als politischer Fingerzeig hätte verstanden werden können.

Mit einer Rede im Deutschen Bundestag drei Wochen vor der Bundestagswahl unternahm der Parteigründer einen letzten verzweifelten Versuch, sich als nationale Größe öffentlich in Erinnerung zu bringen. Dieser Auftritt, der selbst von Parteifreunden als peinlich empfunden wurde und die Hamburger Koalition um ein Haar zu Fall gebracht hätte, markierte symbolhaft das Scheitern seiner bundespolitischen Ambitionen. Für *Ronald B. Schill* dürfte es damit auch in der Hansestadt enger werden: Ob er dem Schicksal der Statt-Partei entgehen kann, die den Wiedereinzug in das Landesparlament 1997 verfehlte und daraufhin von der politischen Bühne ganz verschwand, ist aus heutiger Sicht keineswegs ausgemacht.

Möllemann und das „Projekt 18“ der FDP: eine rechtspopulistische Fata Morgana

Nachdem die Sozialdemokraten ab 1999 in mehreren europäischen Ländern die Wahlen verloren und aus den Regierungen verdrängt wurden, war allenthalben von einem neuen Rechtsruck die Rede. Zumindest was die längerfristige

**Veränderungen liefen
innerhalb des rechten
Lagers ab**

Wählerentwicklung angeht, wird dieser Trend durch die Zahlen nicht bestätigt. Betrachtet man allein die Wahlergebnisse der großen Volksparteien, stehen die Sozialdemokraten

sogar besser da als ihre christdemokratischen Kontrahenten, deren Stimmenanteile in Ländern wie Belgien, Holland oder Österreich seit den fünfziger Jahren praktisch halbiert wurden. Die eigentlich bemerkenswerten Veränderungen liefen innerhalb des rechten Lagers ab. In dem Maße, wie die Christdemokraten schwächelten, konnten ihre bürgerlichen Konkurrenten zulegen. In einigen Ländern kam dies insbesondere den liberalen Vertretern zugute, die sich nun konsequenterweise nach rechts ausrichteten. In anderen Fällen profitierte ein neuartiger Parteientyp, der in den meisten europäischen Ländern etwa zeitgleich, nämlich Mitte der achtziger Jahre, entstanden war und in seiner wirtschaftspolitischen Programmatik ebenfalls liberale Züge aufwies: der Rechtspopulismus.

Auch dieser Trend ging an der Bundesrepublik scheinbar spurlos vorüber. Anders als in den Nachbarländern blieb die FDP hier im Ghetto der Einstelligkeit bis zuletzt gefangen. Zwar konnten die Liberalen als Oppositionspartei nach 1998 in der Wählergunst wieder zulegen, doch verdankte sich das in erster Linie einer durch die Parteispendenaffäre ins Straucheln geratenen Union und nicht eigenem Zutun. Vor diesem Hintergrund erhielten diejenigen in der Partei Auftrieb, die der FDP empfahlen, sich durch eine strategische Neupositionierung verstärkt für neue Wählerschichten zu öffnen. Am lautesten vertreten wurde diese Position von *Jürgen W. Möllemann*, der als Chef des mitgliederstärksten Landesverbandes zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender war. Mit einem konsequent geführten Medienwahlkampf hatte *Möllemann* bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2000 für seine Partei ein unerwartet gutes Ergebnis eingefahren. Mit diesem

**Westerwelle hatte
programmatische Öffnung
nach rechts nicht im Sinn**

Erfolg im Rücken konnte er die Ablösung des ungeliebten Bundesvorsitzenden *Gerhardt* betreiben und den neuen Parteichef *Guido Westerwelle* auf das von ihm konzipierte „Projekt 18“ verpflichten, das aus der FDP eine liberale

Volkspartei machen sollte. *Westerwelle* war für die Neuausrichtung empfänglich, wollte diese aber im Wesentlichen auf eine Popularisierung der Wähleransprache

begrenzt wissen. Eine programmatische Öffnung nach rechts hatte der Vorsitzende nicht im Sinn; deshalb vermied er es, die Debatte über die ideologischen Implikationen des Projekts 18 innerhalb der Partei zu führen.



Auch *Möller* hielt sich, was diese Implikationen anging, zunächst bedeckt. Der Verdacht, er wolle die Grundachse der Liberalen nach rechts verschieben, kam erst im Frühjahr 2002 auf, als sich die Partei für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf rüstete. *Möller* hatte das Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, *Michel Friedman*, in mehreren Interviews scharf angegriffen und dabei den

Eindruck erweckt, er würde mit antisemitischen Klischees spielen. Kritiker werteten dies als gezielten Versuch, die FDP nach dem Vorbild der österreichischen FPÖ auf einen rechtspopulistischen Kurs zu führen. Sie fühlten sich in diesem Verdacht durch die Person von Möllermanns Wahlkampfberater, *Fritz Goergen*, bestärkt, der aus Österreich stammte und die Bedingungen von *Haiders* Aufstieg vor Ort gründlich studiert hatte.

Rechtspopulismusverdacht ging an der Sache vorbei

Der Rechtspopulismusverdacht ging freilich aus zwei Gründen an der Sache vorbei. Der erste Grund betrifft die Vorgeschichte der als antisemitisch gebrandmarkten

Interviewäußerungen, denen eine massive Kritik *Möllermanns* an der israelischen Besatzungspolitik in Palästina vorausgegangen war, auf die sich die Reaktion *Friedmans* bezog. *Möller* war in dieser Angelegenheit ein Überzeugungstäter, der aus seinem pro-arabischen Standpunkt in der Nahostfrage nie einen Hehl gemacht hatte. Die Attacken auf *Friedman* entsprangen insofern nicht einer langfristig vorgeplanten politischen Strategie, sondern trugen eher spontanen Charakter und waren ein Produkt des kolloquialen Redestils *Möllermanns*. Der zweite Grund bezieht sich auf die mit den inkriminierten Aussagen angeblich verbundenen Absichten. Wenn *Möller* tatsächlich eine rechtspopulistische Kursänderung der FDP verfolgt hätte, war der Antisemitismus dafür das denkbar ungeeignetste Thema. Populisten müssen, wenn sie in hierzulande Erfolg haben wollen, einer Stigmatisierung als rechtsextrem unter allen Umständen entgehen. Weil *Ronald Schill* diese Lektion in Hamburg beherzigte, konnte er seine politischen Gegner offensiv angehen. *Möller* hatte sich durch die unbedachten Äußerungen demgegenüber ohne Not in die Defensive gebracht und dadurch das Fundament seines eigenen „Projekts 18“ untergraben.

Eine Erfolg versprechende rechtspopulistische Strategie hätte neben einer konsequenten Anti-Establishment-Orientierung vor allem die Thematisierung des Zuwanderungsproblems erfordert, das in anderen Ländern längst zum wichtigsten Mobilisierungssissue der Rechtsaußenparteien avanciert ist. Für beides waren die Chancen in der FDP von Anfang an gering. Eine Anti-Establishment-Orientierung würde die notorische Regierungspartei FDP ihrem Wählerpublikum glaubwürdig nicht vermitteln können. Und für eine restriktive Politik in Sachen Einwanderung und Multikulturalismus gibt es innerhalb der Liberalen keine ideologische Basis mehr, nachdem die Partei ihre nationalen Traditionen, die in den fünfziger Jahren noch eine wichtige Rolle spielten, weitgehend abgeschüttelt hat. Das ruhmlose Ende des „Projekts 18“ hat gezeigt, dass es in einer durch und durch bürgerlichen Partei wie der FDP, die zum Teil immer noch Züge einer Honoratiorenpartei trägt, nicht einmal möglich war, die Basis für eine gebremste populistische Strategie der Wähleransprache zu erwärmen. Insofern kam es für die Parteiführung um *Guido Westerwelle* gewiss nicht ungelegen, dass sie die Schuld am schwachen Bundestagswahlergebnis ganz auf *Jürgen Möllemann* abladen konnte.

Rechtspopulismus in der Bundesrepublik: auf immer chancenlos?

Im Frühjahr 2003 erschien Möllemanns Buch „Klartext“, in dem der frühere Parteivize mit der FDP-Führung gnadenlos abrechnete. Möllemann konkretisierte darin die Vision einer liberalen Volkspartei, hielt sich aber, was seine eigene politische Rolle und Zukunft angeht, noch weitgehend bedeckt. Mit Möllemanns Freitod im Juni 2003 hat sich diese Frage auf tragische Weise erledigt. Die Einsicht, dass es für ihn diesmal keine Hoffnung auf ein neuerliches Comeback mehr geben würde, mag einer der Gründe für diesen Schritt gewesen sein, der den Schlusspunkt unter eine der bemerkenswertesten Politikerkarrieren der Bundesrepublik setzte. Wenn Möllemann seine vagen Andeutungen wahrgemacht und nach seinem erzwungenen Austritt aus der FDP (März 2003) eine neue Partei ins Leben gerufen hätte, so wäre diese Partei in der Tat mit denselben organisatorischen Problemen konfrontiert gewesen wie alle Neugründungsversuche vor ihr. Was die Fähigkeit zur populistischen Wähleransprache angeht, war Möllemann der Konkurrenz hierzulande zweifellos weit voraus. Eine neue Partei hätte es ihm zudem erleichtert, eine Anti-Establishment-Strategie zu verfolgen, was in der bürgerlichen FDP – wie gesehen – nicht gelingen konnte (und darum auch nicht ernsthaft versucht wurde). Ob darüber hinaus thematische Gelegenheiten für eine ‚Möllemann-Partei‘ entstanden wären, bleibt allerdings die Frage. Eine weitere liberale Partei neben der FDP macht wenig Sinn und würde diese wohl kaum verdrängen können. Eine rechtspopulistisch ausgerichtete Gruppierung nach dem Vorbild der FPÖ stünde wiederum vor dem Problem, dass sie ihre restriktiven Positionen in Konkurrenz zur CDU / CSU vertreten müsste, die bisher noch alle Übergriffe von rechts erfolgreich abgewehrt hat.

Ganz oben auf der Liste der potenziellen Mobilisierungsthemen des Populismus steht auch in der Bundesrepublik die Migration. Die bitteren Erfahrungen vergangener Wahlkämpfe haben die SPD gelehrt, dieses Thema als Regierungspartei mit äußerster Vorsicht zu behandeln. Um die Zustimmung der Union zum geplanten Zuwanderungsgesetz zu erreichen, war sie deshalb in der letzten Legislaturperiode zu weit reichenden Zugeständnissen bereit. Dass sich die C-Parteien einem Kompromiss am

Ende verweigert haben, mag ihre Integrationsfähigkeit nach rechts einstweilen verbessern. Auf lange Sicht werden CDU und CSU jedoch nicht umhinkommen, sich auf die Realität einer faktischen Einwanderungsgesellschaft einzulassen und an deren Gestaltung konstruktiv mitzuwirken. In der Debatte ist ja zu Recht auf die weitgehenden Übereinstimmungen hingewiesen worden, die zwischen der Regierungsvorlage und dem Papier der sog. Müller-Kommission bestehen, in dem die CDU ihre Vorstellungen von einer modernen Zuwanderungspolitik formuliert hat. Dass die Union hinter die dort gefundenen Einsichten wieder zurückfällt, ist angesichts des vorhandenen Problemdrucks in dieser Frage nur schwer vorstellbar. Gerade damit würde sie aber der rechten Konkurrenz ein Feld überlassen, das sich für die populistische Stimmungsmache wie kein anderes eignet.²

Ein nüchterner Blick auf die Nachbarstaaten zeigt, dass der Rechtspopulismus dort mittlerweile zur Grundausstattung der politischen Systeme gehört; in ihm offenbart der Parteienwettbewerb seine hässliche Kehrseite. Eine rechtspopulistische Kraft auf der nationalen Ebene würde die Bundesrepublik also lediglich der europäischen Normallage annähern. Wenn sie das Organisationsproblem löst und ihr eine überzeugende Führerfigur zuwächst, wäre es auch hierzulande denkbar, dass eine solche Partei Fuß fasst und mehr als nur singuläre Erfolge erzielt. Die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Fall eintritt, mag zurzeit noch gering sein; dennoch sollte man sich rechtzeitig auf ihn einstellen.



Prof. Dr. Frank Decker lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn und ist dort erreichbar über das Seminar für Politikwissenschaft, Lennéstraße 27, 53113 Bonn, E-Mail frank.decker@uni-bonn.de

² Dass auch Unionspolitiker die Brisanz des Zuwanderungsthemas bisweilen verkennen, lässt sich beispielhaft an den jüngsten integrationspolitischen Vorstößen der nordrhein-westfälischen CDU ablesen. Deren Vorsitzender *Jürgen Rüttgers* hatte im Februar 2003 den an sich bedenkenswerten Vorschlag gemacht, die Quote der ausländischen Kinder in den Schulklassen künftig zu regulieren. In der Praxis würde das bedeuten, dass die ausländischen Kinder mit dem Bus hin- und hergefahren werden müssten, um sie auf die Schulen gerecht zu verteilen. Ob *Rüttgers* sich über die Tragweite seines Vorschlags im Klaren war, ist fraglich. Es ist kaum anzunehmen, dass eine künstliche Erhöhung des ausländischen Schüleranteils in den besser situierten Wohngebieten von der dortigen deutschen Mehrheitsbevölkerung widerspruchslos hingenommen würde. In den USA, wo das „busing“ in den sechziger Jahren erfunden wurde, rief die erzwungene Integration den geballten Protest der betroffenen Eltern hervor. Damit wurde sie zu einem Geburtshelfer der sog. Neuen Rechten, die sich fortan innerhalb der Republikanischen Partei formierte und die spätere Gegenrevolution der Reagan-Ära vorwegnahm.